



Stellungnahme: Klimaschutz lohnt sich

Die folgenden Wochen sind für den Klimaschutz und damit für alle jetzigen und zukünftigen Generationen von enormer Wichtigkeit. Am 26.09. war Bundestagswahl – nun steht das Bilden einer neuen Regierung an. Um der Klimakrise endlich und entschlossen gegenüberzutreten, ist es hierbei unerlässlich, dass sich die Koalitionspartner schnellstmöglich von dem fehlerhaften Narrativ des teuren Klimaschutzes, der teuren Energiewende und der Bürde der erneuerbaren Energien lossagen, dass in der Vergangenheit genutzt wurde, um die notwendige Transformation auszubremsen.

Denn, bei Betrachtung der Fakten stellt sich schnell heraus, dass es sich bei den Erzählungen von teurem Klimaschutz um ein Märchen handelt. Dafür sorgen allein die hohen Klimafolgekosten, welche durch entsprechende Maßnahmen zumindest teilweise vermeidbar sind, wie die französische Klima-Expertin Laurence Tubiana bestätigt [1]. Und auch Akteure aus der Finanzbranche warnen immer vehementer vor den unberechenbaren Folgen der Klimakrise. Appelle der Europäischen Zentralbank [2], [3] oder der Rückversicherungsgesellschaft Münchener Rück sind hierfür nur zwei der unzähligen Beispiele [4].

Statt auf diese Appelle zu hören, werden in Deutschland jedoch weiterhin fossile Unternehmen mit Steuergeldern unterstützt. Vor allem Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben Steuergelder in Anteile an Kohleunternehmen investiert [5] und damit im Zeitraum von 2000 bis 2019 teilweise sogar Verluste eingefahren [7]. Öffentliche Gelder dürfen nicht weiter in die Befuerung der Klimakrise investiert werden! Dieses Geld muss abgezogen werden und in nachhaltige Anlagen, wie die in erneuerbare Energien, umgelenkt werden. Kommunen müssen Pläne aufstellen, wie sie klimaneutral werden und damit sicherstellen, dass sie und ihre Bürger*innen von dem Wandel hin zu erneuerbaren Energien profitieren. Erfolgreiche Umsetzungen mit jährlichen Renditen von 4 % bis 9 % [17], [18] und mit Vorbildcharakter gibt es in Deutschland zu genüge [8], [9], [10], [11].

Neben der finanziellen Unterstützung der fossilen Industrie werden erneuerbare Energien in Deutschland zusätzlich aktiv durch die Politik ausgebremst. Unter Kanzlerin Merkel wurde in der erneuerbaren Energien-Branche so ein Vielfaches der 20.000 Arbeitsplätze, die es heute noch in der deutschen Kohleindustrie gibt, vernichtet [12]. Erneuerbare Energien bieten nicht nur Investitionsmöglichkeiten, sondern auch nachhaltige und zukunftsfähige Arbeitsplätze in einer Anzahl, wie es sie heute in der fossilen Industrie nicht mehr gibt. Um diese bereitzustellen, darf die Branche jedoch nicht künstlich von der Politik ausgebremst werden.

Das politische Debakel der teuren erneuerbaren Energien gipfelt schlussendlich in den Entschädigungszahlen für die Kohleindustrie aufgrund des Kohleausstiegs. Diese liegen in Summe offiziell bei 4,35 Milliarden € und damit laut Öko-Institut um 1,9 Milliarden € zu hoch [14]. Wie diese Summe berechnet wurde, ist unklar. Das ehemalige Bundeswirtschaftsministerium weigerte sich Informationen hierzu mit der Öffentlichkeit zu teilen [15]. Die hohe Summe erscheint vor allem aufgrund der Tatsache erschreckend, da Studien vorhersagen, dass ein Betrieb von Kohlekraftwerken in Deutschland teilweise bereits vor 2030 für die Betreiber*innen unwirtschaftlich wird [16]. Auch hier werden offensichtlich und unbegründet Steuergelder in die Befuerung der Klimakrise gesteckt.

Das Narrativ der Bürde der Energiewende und des teuren Klimaschutzes ist nicht nur inkohärent, sondern auch gefährlich. Wir, die Akteure der erneuerbaren Energien, fordern dazu auf öffentliche Gelder aus der fossilen Industrie abzuziehen und in die erneuerbaren Energien zu verlagern. Nur so können wir verhindern, dass die Klimakrise weiter befeuert wird. Wir fordern eine Politik, die endlich anfängt das Potential der erneuerbaren Energien auszunutzen, die Vorteile der Energiewende für alle Bürger*innen zugänglich macht und dadurch eine 1,5 °C-Welt in Reichweite hält.

Stellungnahme: Klimaschutz lohnt sich



Gezeichnet:



- [1] Redaktionsnetzwerk Deutschland, „Klima-Expertin: Kein Klimaschutz ist teurer als Klimaschutz,“ 24 09 2021. [Online]. Available: <https://www.rnd.de/wissen/expertin-zu-kosten-fuer-klimaschutz-zoegern-ist-teurer-als-handeln-NWWQ5UILQYCQUTNIEOYB33S5EA.html>.
- [2] L. d. Guindos, „Stresstest: Ist die Wirtschaft gegen den Klimawandel gewappnet?,“ EZB, 18 03 2021. [Online]. Available: <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2021/html/ecb.blog210318~3bbc68ffc5.de.html>. [Zugriff am 07 10 2021].
- [3] EZB , „Firms and banks to benefit from early adoption of green policies, ECB’s economy-wide climate stress test shows,“ EZB, 22 09 2021. [Online]. Available: <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.pr210922~59ade4710b.en.html>. [Zugriff am 07 10 2021].
- [4] M. Re, „Pandemien, Klimawandel, Cyber: Großrisiken der Gegenwart – Bessere Vorbereitung nötig,“ 07 09 2020. [Online]. Available: <https://www.munichre.com/de/company/media-relations/media-information-and-corporate-news/media-information/2020/2020-09-07-pandemics-climate-change-cyber.html>. [Zugriff am 07 10 2021].
- [5] G. Köln, „Kommunen und RWE,“ 11 11 2016. [Online]. Available: <https://www.koeln.greenpeace.de/artikel/kommunen-und-rwe>. [Zugriff am 07 10 2021].
- [6] boerse.de, „RWE Aktie,“ [Online]. Available: <https://www.boerse.de/renditedreieck/RWE%20Aktie/DE0007037129>. [Zugriff am 07 10 2021].
- [7] BürgerenergieGenossenschaft Kurpfalz eG, „12. Generalversammlung: Rendite liegt bei 4,0 Prozent, Ronny Weber neuer Technischer Vorstand,“ 06 07 2021. [Online]. Available: <https://www.buergerenergie-kurpfalz.de/2021/07/06/12-generalversammlung-rendite-liegt-bei-4-prozent/>. [Zugriff am 07 10 2021].
- [8] S. Alisch, „Ökologische Kapitalanlagen sicher & nachhaltig investieren,“ [Online]. Available: <https://www.xn--kologischeskapitalanlagen-koc.de/windenergie-rendite/>. [Zugriff am 07 10 2021].
- [9] Bürgerwindkraft Fuchstal, [Online]. Available: <http://www.bwk-fuchstal.de/>. [Zugriff am 07 10 2021].
- [10] SWW Wunsiedel, „Der Wunsiedler Weg Energie 2.0,“ [Online]. Available: <https://www.s-w-w.com/energievielfalt-und-zukunft.html>. [Zugriff am 07 10 2021].
- [11] Energiepark Druiberg, [Online]. Available: <https://energiepark-druiberg.de/>. [Zugriff am 07 10 2021].
- [12] Elektrizitätswerke Schönau, [Online]. Available: <https://www.ews-schoenau.de/>. [Zugriff am 07 10 2021].
- [13] W. Pomrehn, „Arbeitsplätze vernichtet, um Klimaschutz zu verhindern,“ heise online, 06 09 2021. [Online]. Available: <https://www.heise.de/tp/news/Arbeitsplaetze-vernichtet-um-Klimaschutz-zu-verhindern-6180486.html>. [Zugriff am 07 10 2021].



Stellungnahme: Klimaschutz lohnt sich

- [14] D. F. C. Matthes, Öko-Institut e.V., 29 06 2020. [Online]. Available: <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Einordnung-der-geplanten-Entschaedigungszahlungen-fuer-deutsche-Braunkohlekraftwerke.pdf>. [Zugriff am 07 10 2021].
- [15] Der Tagesspiegel, „So kommen 4,4 Milliarden Euro für LEAG und RWE zusammen,“ 15 05 2021. [Online]. Available: <https://www.tagesspiegel.de/politik/fragwuerdige-formel-fuer-kohle-entschaedigung-so-kommen-4-4-milliarden-euro-fuer-leag-und-rwe-zusammen/27193916.html>. [Zugriff am 07 10 2021].
- [16] J. Z. Michael Claußner, „Entwicklung von Wirtschaftlichkeit und Restwert der LEAG Braunkohlekraftwerke,“ Energy Brainpool, 09 2021. [Online]. Available: https://green-planet-energy.de/fileadmin/images/energiepolitik/antikohle/2021-09-20_FactSheet-LEAG-Kraftwerke.pdf. [Zugriff am 07 10 2021].